



TRANSKRIPT

Dortmunder Tageblatt

Weimarer Republik
Kriegsende und wirtschaftliche Folgen

Das hier vorliegende Transkript gibt das Originalmaterial bestmöglich wieder. Das bedeutet, dass Orthografie, Grammatik und Wortwahl des Materials beibehalten werden. Somit kommt es im Falle einiger Quellen mitunter unweigerlich auch zur Wiedergabe diskriminierender, menschenverachtender oder anderweitig ideologisch aufgeladener Inhalte. Die hier wiedergegebenen Materialien müssen daher zwingend reflektiert in den Kontext ihres Lernfeldes eingeordnet werden.

**Dortmund, Mittwoch, 18. Juni 1919.
Nr. 138, 36. Jahrgang**

Unterzeichnen oder nicht?

Dortmund, 17. Juni. Die Antwort der Alliierten auf unsere Gegenvorschläge ist unseren Delegierten in Versailles überreicht worden, und Sache des deutschen Volkes und seiner Vertretung im Parlament und Regierung ist es nun, sich für die Annahme oder Ablehnung des gegnerischen Vertragsentwurfes für den Frieden zu entscheiden. Diese Entscheidung kann allein im Geiste höchsten Verantwortungsbewußtseins gegen unser Volk und bestimmtester sachlicher Aufrichtigkeit erfolgen.

Die Frage, ob der Friede unterzeichnet werden muß oder nicht — es handelt sich um ein Müssen, nicht um ein Wollen — beantwortet sich nach der Wirkung, welche die Unterzeichnung oder Nichtunterzeichnung des vorgelegten Vertrages auf das endgültige Zustandekommen des Friedens haben wird. Dabei handelt es sich zunächst darum, festzustellen, welche Wirkung davon auf unsere Gegner ausgehen wird. Eine Minderheit unseres Volkes, die sich aus den linksradikalen politischen Gruppen zusammensetzt, hat von Anfang an die Unterzeichnung des Vertrages verlangt. Sie ließ sich von der phantastischen Erwägung leiten, daß es gleichgültig sei, ob wir unterzeichnen oder nicht, die kommende Weltrevolution werde doch jeden Vertrag in Fetzen reißen. Wie es mit der kommenden Weltrevolution steht, wird durch einige Tatsachen schlagend bewiesen. Der Versuch der französischen und italienischen Gewerkschaften, einen Demonstrationsstreik der Ententeländer gegen den Gewaltfrieden zustande zu bringen, ist an der Ablehnung durch die englische Arbeiterschaft gescheitert. Die Streikbewegung in Frankreich flaut zweifellos ab und beschränkt sich ausschließlich auf wirtschaftliche Forderungen, wie denn überhaupt die Streikbewegungen in allen kriegführenden Ländern in erster Linie auf die Kriegsmüdigkeit, auf Verdrossenheit über die Fortdauer der Kriegslasten, die allgemeine Lebensmittelteuerung und ähnliche wirtschaftliche Motive zurückzuführen sind. Wie gering aber gerade in Frankreich die Aussicht auf einen Stimmungsumschlag zu unseren Gunsten ist, beweist die Tatsache, daß die bereits erreichten Aenderungen des Friedensvertrages die französische Bevölkerung zu stürmischen Kundgebungen gegen unsere Friedensdelegation, die sogar in Tötlichkeiten ausarteten, veranlaßten. Die politischen Kreise, die von der kommenden Weltrevolution die Revision des



Friedens von Versailles erwarten, charakterisieren sich damit wieder in der von ihnen immer bewiesenen jeden praktischen Verständnisses baren ideologischen Betrachtungsweise politischer Dinge.

Von der anderen Seite, von der Seite der allezeit maultapferen, erzreaktionären „Nationalisten“ und alldeutsch angestrichenen großkapitalistischen Schlotbarone und Krautjunker ertönt seit Wochen schon das Geschrei von der „nationalen Ehre“, die man nicht preisgeben dürfe, ohne lieber selbst zugrunde zu gehen. Leider ist die Selbstlosigkeit dieser Leute zu sehr verdächtig, als daß man nicht hinter dem, was sie als sittliche Forderung aufstellen, die nackte Selbstsucht, die sie doch immer ausschließlich bewegt, suchen sollte. Die nationale Phrase hat auch fast das gesamte Bürgertum und einen großen Teil der Arbeiterschaft besäuselt und ist gerade in diesen Kreisen von Seiten der Regierung mit allen Mitteln der Stimmungsmache gepflegt worden. Das mochte seine Berechtigung haben, solange es galt, die diplomatische Aktion unserer Delegierten in Versailles durch das Bild des in einmütiger Empörung aufflammenden Volkes zu unterstützen. Aber jetzt ist es Zeit, die Maske abzulegen und den Tatsachen offen ins Gesicht zu sehen.

Für die Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages wird in den Kreisen, die sie vertreten, als Begründung angeführt, daß wir keinen Frieden unterzeichnen können, den wir doch nicht halten können. Es wird weiter gefolgert, daß der Friedensvertrag uns politisch und wirtschaftlich vernichten würde, und daß wir unser Todesurteil nicht noch selbst zu unterschreiben brauchten. Weiter lebt aber auch in diesen Kreisen die geheime Hoffnung, daß bei einer der Nichtunterzeichnung folgenden Besetzung größerer Teile Deutschlands in kurzer Zeit in den Besetzungsheeren die Revolution ausbrechen werde. Als „schlagendes“ Beispiel wird dann immer auf Rußland hingewiesen. So wie unser Gewaltfrieden im Osten zusammengebrochen ist, werde auch die Nemesis der Völker den Gewaltfrieden im Westen zuschanden machen.

Diesen rein gefühlsmäßig bestimmten, in keiner Weise sachlich begründeten Vorstellungen gegenüber müssen wir die Tatsachen, wie sie sich praktisch als nächstliegend darstellen, ins Auge fassen. Wir müssen uns zunächst darüber klar sein, daß wir bei Nichtunterzeichnung des Friedens uns mit unseren Gegnern wieder im Kriegszustand befinden werden. Die Folge davon wird die schärfste Wirtschafts- und Hungerblockade und die Besetzung der für die gesamte deutsche Wirtschaft lebenswichtigen Randgebiete mit ihren Kohlengruben sein. Deutschland wird von der gesamten Kohlenzufuhr abgeschnitten sein und wird damit in wenigen Wochen den Stillstand seines ganzen Verkehrswesens und seiner ganzen Industrie erleben. Das Ausbleiben aller ausländischen Lebensmittellieferungen wird die Bevölkerung der Großstädte in kurzer Zeit in eine Stimmung wilder Verzweiflung treiben. Was wird die Folge für Deutschland sein? Ein fürchterlicher Zusammenbruch des gesamten wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens. Und dann? Dann wird dasselbe Volk, das jetzt die Unterzeichnung des Friedens abgelehnt hat, widerstandslos einen noch viel härteren Frieden unterzeichnen. Wir aber in den Gebieten, die mit der feindlichen Besetzung zu rechnen haben, werden alle Lasten und Leiden einer Bevölkerung in besetzten Gebieten während des Krieges zu erdulden haben. Rechnen wir nicht mit den Zuständen, wie sie jetzt jenseits des Rheines herrschen und manchem vielleicht als erträglich erscheinen mögen. Jetzt leben wir noch im Waffenstillstand, dann wird der Kriegszustand bestehen, und Milde dürfen wir wohl von dem durch die Ablehnung des Friedens aufs neue erbitterten Gegner nicht erwarten.

Lassen wir uns doch durch sachlich nicht begründete Spekulationen nicht betören! Wie waren denn die Verhältnisse im Osten? Der Russe hatte auch den Frieden erst nicht unterzeichnet, war aber dann durch unseren Raubzug gezwungen worden, einen noch



schwereren Frieden anzunehmen. Der Friede von Brest-Litowsk ging in die Brüche, weil wir den Krieg im Westen verloren und damit unsere Macht auch im Osten nicht mehr aufrecht erhalten konnten. Der Gegner, der uns den Frieden aufzwingt, hat aber den Krieg gewonnen! Wer will ihn an der gewaltsamen Durchführung seiner Bedingungen hindern? Die Revolution im eigenen Land? Wo sind die Beweise für das sichere unmittelbare Bestehen dieser Revolution, die allein uns berechtigen könnten, mit dieser Chance zu rechnen? Wenn wir nun sagen, daß wir so wie so, ob wir unterzeichnen oder nicht, zugrunde gerichtet sind, so ist das die gewissenlose Phrase eines Bankrotteurs, dem an seiner Zukunft und an seinem Schicksal nichts mehr liegt. Soweit sind wir noch nicht. Mit diesem Fatalismus das Volk ins Unglück zu stürzen, wäre geradezu verbrecherische Sabotage am Wohl unseres Volkes. Vollends aber die Forderung, daß das Volk sich für seine „nationale Ehre“ noch mehr zugrunde richten soll, als es ein verlorener Krieg, eine Revolution und der Druck unserer Feinde bereits getan haben, ist eine Forderung, die nur dem Hirn eines Narren entsprungen sein kann.

Sehen wir den Tatsachen mit der Entschlossenheit des Mannes ins Auge, der aus dem Brande, der sein ganzes Hab und Gut vernichtet, rettet, was zu retten ist, und damit aus kleinen Anfängen heraus in eiserner Arbeit sich eine neue Existenz gründet. Die ganze furchtbare Last dieses Friedens wirtschaftlicher und politischer Gewalt, der Wahnsinn, die Undurchführbarkeit, das Verbrecherische vieler seiner Forderungen soll nicht verkannt werden. Aber wir haben im Augenblick wenigstens keine Möglichkeit mehr, ihn zu ändern. Wenn wir den Frieden überhaupt haben wollen — und wir brauchen den Frieden nötiger als alles andere — dann müssen wir diesen Vertrag jetzt unterzeichnen, und als ehrliche Menschen werden wir sagen: „Wir unterzeichnen, weil uns die Verhältnisse dazu zwingen, aber wir übernehmen keine Gewähr für die Erfüllung undurchführbarer Forderungen und wir protestieren gegen die uns zugemuteten Vergewaltigungen“. Dann denken wir daran, daß dieser Friede in seiner revidierten Fassung tatsächlich zwei für uns sehr wesentliche Änderungen enthält, die Aussicht auf baldige Aufnahme in den Völkerbund und die Möglichkeit, die Entschädigungssumme in einer Pauschalsumme anzubieten. Von hier aus müssen wir an der weiteren Revision des Vertrages arbeiten, wir können und müssen die Änderung der wirtschaftlichen Bedingungen mit unserer Aufnahme in den Völkerbund erreichen, und wir können und müssen unseren Gegnern begreiflich machen, daß wir in der Wiedergutmachung bis zur äußersten Grenze unserer Leistungsfähigkeit zu gehen bereit sind, daß es aber sinnlos wäre, uns darüber hinaus belangen zu wollen. Auf diesem Wege weiterer praktischer Verhandlungsarbeit, den uns der Vertrag eröffnet, und bei der wir vielleicht auf Entgegenkommen und Unterstützung auch aus dem Kreise unserer heutigen Gegner rechnen können, wird und muß es uns gelingen, zu einem endgültigen Abschluß des Friedens zu kommen, der uns Licht und Luft zum Leben läßt und wenigstens die europäische Welt von den Herden neuer blutiger Verwickelungen reinigt.

So treiben wir mit der Unterzeichnung des Vertrages vernünftige Tatsachenpolitik, während wir mit seiner Nichtunterzeichnung verantwortungslose Bankerottpolitik treiben.

R. Seubert.



Dortmund, Donnerstag, 19. Juni 1919.
Nr. 139, 36. Jahrgang

Ein Dokument des Hasses.

Die Aeüßerungen der französischen und englischen Presse ließen an sich schon keinen Zweifel darüber aufkommen, daß die Antwort der Verbündeten auf die deutschen Gegenvorschläge ablehnend ausfallen würde. Nun liegt die Antwort vor. Sie macht viele Worte, um zu verneinen, aber sie macht diese Worte nicht einmal mit Anstand, sondern unter auffälliger Verletzung der einfachsten Regeln internationaler Höflichkeit. In Versailles soll doch ein Friede geschlossen werden, der auch die Gemeinschaft der Völker vorbereitet. Dazu wäre erforderlich, daß die Vertragsteile wenigstens guten Willen zeigen, um aus den furchtbaren Erfahrungen und erschütternden Ereignissen der letzten Jahre zu lernen. Die deutschen Gegenvorschläge waren in einer ernsten und würdigen Sprache abgefaßt, sie enthielten sich aller Angriffe auf andere Völker, umsomehr, als es sich darum handeln mußte, keinerlei Zwietracht mehr auskommen zu lassen und wirkliche Verständigung anzubahnen. Es war nichtsdestoweniger notwendig, daß die deutsche Vertretung auch die Schuldfrage gesondert beantwortete, da jedes Schweigen gleichbedeutend gewesen wäre mit der Zustimmung zu den ungeheuerlichen Vorwürfen und Anklagen des Vielverbandes. — Von alledem ist der Viererrat abgewichen. Er hat die Ablehnung der deutschen Gegenvorschläge kaum begründet, dann aber umso heftiger die Polemik über die Schuld am Kriege entfesselt. Wozu so viele Worte. Der Krieg ist nicht im Juli 1914 entstanden, sondern er ist das reife Erzeugnis einer Politik, an der Frankreich, England und Italien ebenso mitgewirkt haben, wie Deutschland. Kein Satz der Clemenceau-Note ist stichhaltig. Als Ganzes ist sie der Versuch einer verächtlichen Geschichtsklitterung; unternommen, um die Forderungen und Bedingungen des Gewaltfriedens zu entschuldigen. Schon das zeigt die schlechte Lage des Vielverbandes, daß er Beschönigungen für den Trianon-Vertrag sucht und braucht, weil sie in der klaren Rechtslage nicht gegeben sind.

Um nur eines herauszugreifen: Die Hungerblockade soll nicht gegen das Völkerrecht verstoßen haben, wohl aber der Tauchbootkrieg. Hat Clemenceaus Gedächtnis unheilbaren Schaden erlitten, weiß er nicht, daß die Begebenheiten in den Geschichtstafeln urkundlich feststehen? England hat die verschärfte Blockade über Deutschland mit der Kriegserklärung verhängt. Diese Blockade war völkerrechtswidrig, worüber sich Clemenceau am verlässigsten aus jenen Noten unterrichtet, die Wilson, sowie sein Staatssekretär Bryan und Lansing vom Herbst 1914 bis zum Januar 1917 an England gerichtet haben. Die deutschen Tauchboote haben zu Beginn des Krieges keine Handelsschiffe ohne Warnung versenkt. Erst als England den Krieg gegen die deutschen Frauen und Kinder eröffnet hatte, da haben wir in der Notwehr am ersten Februar 1915 den verschärften Tauchbootkrieg erklärt. Blockade gegen Blockade. Wir wissen, daß wir in der Folge den Tauchbootkrieg milderten, um die Vereinigten Staaten zufrieden zu stellen, daß der Tauchbootkrieg erst wieder einsetzte, als der Vielverband das deutsche Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 zurückgewiesen hatte. In der Note an Wilson hieß es damals, daß der Vielverband demnächst eine ihn befriedigende Regelung des gegenwärtigen Streites wollte.

Ebenso widerwärtig ist die Heuchelei, die über die Wiederaufrichtung Polens in der Note Clemenceaus getrieben wird. Wie wäre dieser Passus übrigens ausgefallen, wenn das zarische Rußland, das sich ein selbständiges Polen niemals hätte gefallen lassen, ebenfalls am Tisch in Versailles säße?



Vor der Geschichte steht untrüglich und unerschütterlich fest, daß für die Friedensverhandlungen die Grundsätze Wilsons mit bindender Kraft von beiden Seiten vereinbart wurden. Es steht ebenso fest, daß Lansing im Auftrage Wilsons und im Einverständnis mit den Verbündeten das deutsche Volk klipp und klar vor die Wahl stellte, mit seinen bisherigen Machthabern zu brechen, um den Frieden des Rechts und der Gerechtigkeit schließen zu können. Der Trianon-Vertrag ist kein Rechtsfriede, sondern ein Gewalt- und Straffriede. Die Entscheidung liegt nunmehr bei der Nationalversammlung und der Regierung. Bis Montag Abend hat die Antwort zu erfolgen, sonst soll Marschall Foch freie Hand erhalten. Wie immer auch die Entscheidung fällt, dieser Macht- und Gewaltfriede wird nicht von langer Dauer sein. Die Schuld liegt einzig und allein bei den Machthabern in Versailles, deren politische Einsicht nicht ausreichte, die Entwicklung der nächsten Jahrzehnte zu übersehen.

Dortmund, Dienstag, 24. Juni 1919.
Nr. 143, 36. Jahrgang

Bedingungslose Unterzeichnung. Überreichung der Note in Versailles.

Versailles. 23. Juni. Heute nachmittag 4,40 Uhr hat der deutsche Gesandte von Haniel dem Vorsitzenden der Friedenskonferenz Clemenceau die Note zustellen lassen, in der die deutsche Regierung sich bereit erklärt, die Bedingungen der alliierten und assoziierten Regierungen bedingungslos anzunehmen.

Der Wortlaut der Note.

Berlin, 23. Juni. Der Gesandte v. Haniel hat im Auftrage der Reichsregierung heute nachmittag 4,40 Uhr folgende Note an die Bevollmächtigten der alliierten und assoziierten Regierungen übersandt:

Die Regierung der deutschen Republik hat aus der letzten Mitteilung der assoziierten und alliierten Regierung mit Erschütterung gelesen, daß sie entschlossen sind von Deutschland auch die Annahme derjenigen Friedensbedingungen mit äußerster Gewalt zu erzwingen, die ohne eine materielle Bedeutung zu besitzen, den Zweck haben, dem deutschen Volke seine Ehre zu nehmen. Durch einen Gewaltakt wird die Ehre des deutschen Volkes nicht berührt. Sie nach außen hin zu verteidigen, fehlt dem deutschen Volke nach den entsetzlichen Leiden der letzten Jahre jedes Mittel. Der übermächtigen Gewalt weichend und ohne damit ihre Auffassung über die unerhörte Ungerechtigkeit der Friedensbedingungen aufzugeben, erklärt deshalb die Regierung der deutschen Republik, daß sie bereit ist, die von den alliierten und assoziierten Regierungen auferlegten Friedensbedingungen anzunehmen und zu unterzeichnen.

Die ablehnende Antwort Clemenceaus

Weimar, 23. Juni. Der vorliegende Text der Antwortnote Clemenceaus lautet in deutscher Uebersetzung: Die alliierten und assoziierten Mächte prüften die Note der deutschen Delegation vom heutigen Datum. Sie sind in Anbetracht der kurzen Zeit, die übrig bleibt, der Meinung, daß es ihre Pflicht ist, eine unverzügliche Antwort zu geben. Von der Frist, innerhalb deren die deutsche Regierung endgültig die Entscheidung über die Unterzeichnung des



Vertrages trifft, kann nicht abgegangen werden. Die alliierten und assoziierten Regierungen prüften mit größter Aufmerksamkeit die Vorschläge der deutschen Regierung hinsichtlich des Vertrages und beantworteten darauf mit vollster Einmütigkeit und machten die Zugeständnisse, die ihnen richtig zu sein schienen. Die letzte Note der deutschen Delegation erhält keine Argumente und keine Bemerkung, die nicht bereits Gegenstand der Prüfung gewesen wären. Die alliierten und assoziierten Mächte halten es daher für ihre Pflicht, zu erklären, daß die Zeit der Verhandlungen vorbei ist. Sie können keine Modifikationen oder Vorbehalte annehmen oder anerkennen. Sie sehen sich gezwungen, von den Vertretern Deutschlands eine unzweideutige Erklärung zu fordern über ihren Willen, den Vertrag in der endgültigen Form zu unterzeichnen und im ganzen Umfange anzunehmen, oder die Unterzeichnung oder Annahme zu verweigern. Nach der Unterzeichnung werden die alliierten und assoziierten Mächte Deutschland für die Ausführungen des Vertrages in allen seinen Bestimmungen verantwortlich machen.

Dortmund, Montag, 30. Juni 1919.
Nr. 148, 36. Jahrgang

Die Unterzeichnung des Friedenvertrages.

Versailles, 28. Juni. Die Zeremonie der Unterzeichnung im Spiegel saal zu Versailles begann heute nachmittag 3 Uhr. Nachdem sämtliche Delegierten der alliierten und assoziierten Mächte ihre Plätze eingenommen hatten, wurden die deutschen Delegierten in den Saal geleitet und zu dem für sie bestimmten Platz geführt. Der Vorsitzende der Friedenskonferenz Clemenceau erhob sich und erklärte, nachdem die Bedingungen der alliierten und assoziierten Mächte durch Deutschland angenommen seien, ersuche er die deutschen Bevollmächtigten, das Friedensdokument zu unterzeichnen. Er hob hervor, die Unterzeichnung des Friedensvertrages bedeute, daß die Bedingungen in loyaler Weise eingehalten werden müßten. Um 3.12 Uhr unterschrieben Reichsminister Hermann Müller und Dr. Bell als Erste den Friedensvertrag, hierauf unterschrieben der Reihe nach die Delegierten der alliierten und assoziierten Mächte. Kurz vor 4 Uhr war der Akt beendet. Clemenceau hob die Sitzung mit der Erklärung auf, der Friede sei geschlossen. Er ersuchte die Delegierten der alliierten und assoziierten Mächte, zu warten, bis die deutschen Bevollmächtigten sich entfernt hätten. Die Militärmission werde die deutschen Delegierten in das Hotel des Reservoirs zurückbegleiten. Die deutsche Delegierten verließen daraus als Erste den Saal und begaben sich aus demselben Wege, auf dem sie gekommen waren, sofort in das Hotel des Reservoirs zurück.

Dortmund, Samstag, 5. Juli 1915.
Nr. 153, 36. Jahrgang

Der Weg zur Befreiung.

Das Ziel ist ganz klar: die Alliierten haben ihren beispiellosen Sieg fast restlos ausgenutzt und im Vertrag von Versailles einen Gewaltfrieden schlimmster Art ausgerichtet — von diesen schauerlichen Friedensbedingungen muß das deutsche Volk auf irgend eine Weise wieder frei werden. Es muß frei werden, denn dieser Friede, nach dem Buchstaben ausgeführt, würde Deutschland vollkommen ruinieren. Bei der Vielverzweigtheit der internationalen Beziehungen,



auch derjenigen, die sich in den nächsten Wochen erst von neuem anbahnen, würde das nicht nur den Tod des Deutschen Reiches, sondern auch schweren Schaden für unsere Gegner bedeuten. Wie können wir aber wieder frei werden?

Wie war es früher? Es gibt Beispiele unerhörter Erniedrigung von unterlegenen Völkern, schamloser Gewaltakte, und jedem von ihnen folgte, wenn den Besiegten überhaupt noch Leben blieb, die Zeit der Wiedererstarkung, des Befreiungskriegs. Das Beispiel Preußens liegt nah genug. Unsere heutigen Gegner verfügen gewiß auch nicht über eine ewige Macht; Anzeichen der Zersetzung ihrer Koalition sind unverkennbar. Ohne allzuviel Phantasie ließen sich kühne Zukunftsbilder und Zukunftsmöglichkeiten beschreiben. Revanche, Befreiungskampf, das ist denn auch heute der Gedanke mancher guter Patrioten. Es liegt ja alles so nahe: die Vergleiche, das Pathos, heroische Worte, heroische Taten, Gefühle unserer Väter. Und irgendwie, so mögen diese Männer denken, müßte es auch trotz Völkerbund möglich sein, zu rüsten, die Faust unter der Decke zu ballen. Bundesgenossen zu suchen und im gegebenen Augenblick loszuschlagen. Revanche! Ist das ein Weg zum Ziel? Die Geschichte scheint es zu bejahen. Trotzallem: nein, und zehnmal nein! Wir dürfen diesen Weg nicht gehen. Wir stürzten uns dadurch von neuem ins Verderben, wir zwängen unseren Gegnern, wenigstens den drei größten von ihnen die Feindschaft und Bundesgenossenschaft gegen Deutschland geradezu auf, unsere Revanchestimmung würde die Risse wieder sofort verschwinden lassen, die wir allmählich in der feindlichen Mauer entstehen sehen. Wenn alle internationalen Veranstaltungen ein Humbug wären: durch eine, wenn auch noch so verschleierte deutsche Revanchestimmung würden sie blutiger Ernst werden, eine Koalition zur Ausrottung der deutschen Kriegslust würde von neuem zusammengeschweißt und würde neue ganze Arbeit machen. Vergessen wir nicht: es kann dem deutschen Volke noch schlechter ergehen als heute, es kann vollends in Fetzen gerissen und vernichtet werden. Die kalte Vernunft zwingt daher zu diesem Nein. Gewalt ist das einzige, was wir jetzt nicht versuchen dürfen.

Für viele ist diese Erkenntnis schauerlich; ganz trostlos für alle, die aus der Geschichte nichts anderes gelernt haben, als daß die Völker durch kriegerische Macht groß geworden sind. Schauen wir aber tiefer in die Geschichte hinein: Kriegsgewalt ist vergänglich und desto vergänglicher, je zahlreicher die großen Völker geworden sind. Die Entwicklung der Zeit drängt auf Zusammenarbeit, nicht auf Vormachtstellung eines Einzelnen. Der große Sieg unserer Gegner wird zu einer Episode werden, denn die Art, wie sie ihn ausgenutzt haben, gehört dem alten Regime an, über das die Völker hinauszuwachsen beginnen.

Darum bleibt uns nur ein anderer Weg. Ihn müssen wir gehen mit aller Hoffnungsfreudigkeit, deren wir fähig sind. Das ist der Weg des neuen Weltrechts und des Gemeinschaftsstrebens der Völker. Die 14 Punkte sind im Stich gelassen worden. Der Friede Punkte sind im Stich gelassen worden. Der Friede, der an ihre Stelle trat, ist schlimmster Gewaltfriede, aber täuschen wir uns nicht: wenn die Völker es ernsthaft wollen, dann können sie ihre Machthaber in allen Ländern zwingen, die Ansätze des neuen Rechts, die deutlich sichtbar sind, zur vollen Geltung zu bringen, dann kann immer mehr Billigkeit und Rechtlichkeit in die absurde Form dieses Machtfriedens gegossen werden. Es gibt einflußreiche Kreise bei allen Völkern, die diese Entwicklung wollen, die nur in ihr das Heil sehen. Viele nennen sie Utopisten. Nun, so müssen wir uns den Utopisten anvertrauen, denn, auch ganz realpolitisch angesehen, gibt es für das deutsche Volk nur noch den Weg eines neuen Idealismus. „Realpolitik“ alten Stils läßt sich die Welt von Deutschland von nun ab, nach der Niederlage, erst recht nicht mehr bieten. Unsere Realpolitik sei es, den Wirklichkeitswert der Idee des Rechtes aufzuspüren und in der Epoche der Völkergemeinschaft, die uns bevorsteht, ein

Hauptträger des neuen Geistes zu sein. Man wird dann das Wunder erleben, daß eine Idee in Wahrheit eine gewaltige reale Macht bedeutet, wenn ein Volk sie nur wirklich und in ihrer Reinheit erfaßt und sich ihr anvertraut. Und man bedenke das eine: es ist lächerlich, sich mit einer Pistole zu bewaffnen, wenn ein Dutzend Maschinengewehre auf einen gerichtet sind. Deutschland muß verstehen lernen, daß er heute nicht mehr vor die Wahl zwischen zwei Wegen gestellt ist, sondern daß nur ein einziger gangbar ist. Dieser eine Weg aber muß mit der allergrößten Strenge eingehalten werden, mag er auch mühselig, entsagungsvoll und sehr langwierig sein. Schwanken wir, so verlassen wir ihn damit. Nach außen und im Innern des Reichs müssen wir rücksichtslos die Folgerungen aus dieser unvermeidbaren Sachlage ziehen.

(Transkript: Eyline Hinrichs)



ZUM MATERIAL

Kurze Erläuterung:

Die Artikel des *Dortmunder Tageblatts* dokumentieren die entscheidenden Wochen um die Annahme und Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrags im Juni 1919. Der Versailler Friedensvertrag von 1919 entstand nach der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg und stellte die junge Weimarer Republik vor eine ihrer ersten großen politischen Belastungsproben. Die Friedensbedingungen waren von den Siegermächten weitgehend ohne deutsche Mitwirkung ausgearbeitet worden. Sie sahen unter anderem Gebietsverluste, militärische Beschränkungen, Reparationsverpflichtungen sowie die Anerkennung der Verantwortung Deutschlands und seiner Verbündeten für die Kriegsschäden vor. Nachdem deutsche Gegenvorschläge im Wesentlichen zurückgewiesen worden waren, forderten die Alliierten die Annahme des Vertrages und drohten andernfalls mit der Wiederaufnahme der Kampfhandlungen. In Deutschland löste dies im Juni 1919 eine heftige politische Auseinandersetzung aus. Die Regierung Scheidemann trat zurück, da sie die Bedingungen nicht mittragen wollte. Unter der neuen Regierung Gustav Bauers stimmte die Nationalversammlung schließlich der Annahme zu. Am 28. Juni 1919 unterzeichneten Hermann Müller und Johannes Bell den Vertrag in Versailles. Die Auseinandersetzungen um Annahme, Bewertung und mögliche Revision des Vertrages prägten die politische Entwicklung der Weimarer Republik nachhaltig. Die Zeitung verbindet eine scharfe Ablehnung der Friedensbedingungen mit der Forderung nach politischer Vernunft.

Relevanz des Materials:

Die Artikel des *Dortmunder Tageblatts* ermöglichen einen zeitgenössischen Einblick in die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Versailler Vertrag während der entscheidenden Wochen im Juni und Juli 1919. Besonders relevant ist dabei die linksliberale, demokratische Ausrichtung der Zeitung. Dadurch lässt sich herausarbeiten, dass eine scharfe Kritik an Versailles keineswegs auf antidemokratische oder nationalistische Kräfte beschränkt war. Auch innerhalb des demokratischen Spektrums wurden die Friedensbedingungen als ungerecht, übermäßig hart und als „Gewaltfrieden“ wahrgenommen. Entscheidend ist jedoch, welche politischen Konsequenzen daraus gezogen wurden. Äußerst ergiebig ist hierbei der zeitliche Verlauf: Von der Debatte über „Unterzeichnen oder nicht?“ über die Empörung angesichts der alliierten Antwort und die tatsächliche Unterzeichnung bis zur Frage nach dem zukünftigen Umgang mit dem Vertrag lässt sich ein politischer Orientierungsprozess nachvollziehen.

Am 18. Juni plädiert sie trotz der als ungerecht und kaum erfüllbar bewerteten Bedingungen für die Unterzeichnung und wendet sich sowohl gegen linksradikale Hoffnungen auf eine Weltrevolution als auch gegen nationalistische Forderungen nach Ablehnung des Vertrags. Einen Tag später verschärft sich die Kritik an den Alliierten deutlich: Deren Antwort wird als „Dokument des Hasses“ und der Vertrag als „Gewalt- und Straffriede“ bezeichnet. Nach der bedingungslosen Annahme am 23. Juni berichtet die Zeitung über die Unterzeichnung am 28. Juni zunächst weitgehend sachlich. Anfang Juli richtet sich der Blick schließlich in die Zukunft: Obwohl am Ziel einer Revision des als ungerecht empfundenen Vertrages festgehalten wird, erteilt die Zeitung Revanche und einem erneuten „Befreiungskrieg“ eine ausdrückliche Absage. An deren Stelle treten Völkerbund, internationale Zusammenarbeit und die Idee eines neuen Weltrechts.

Das Material eignet sich damit besonders, um die schwierige Position demokratischer Kräfte zwischen Ablehnung des Versailler Vertrages, Anerkennung der politischen Realitäten und Abgrenzung von gewaltsamem Revisionismus zu erarbeiten. Zugleich können die Schülerinnen und Schüler untersuchen, wie sich Wahrnehmung, Sprache und Argumentation einer demokratisch orientierten Zeitung im unmittelbaren Verlauf der Ereignisse verändern. So wird die Belastung der jungen Weimarer Demokratie durch Versailles differenziert sichtbar, ohne die zeitgenössische Kritik am Vertrag vorschnell mit der späteren antidemokratischen Instrumentalisierung des „Versailler Diktats“ gleichzusetzen.

Eyline Hinrichs

Lernort:

zeit.punkt NRW

Das Portal für Zeitungen [zeit.punktNRW](#) stellt historische Zeiten aus Nordrheinwestfalen digital und kostenlos zur Nutzung bereit. Dort finden sich viele lokale und regionale Zeitungen, die aus unterschiedlichen Archiven zur Verfügung gestellt werden.